

Landtag

17. Wahlperiode

Kleine Anfrage der Fraktion der FDP vom 11. Oktober 2010**Laufende Berichterstattungen**

Für die parlamentarische Arbeit ist eine stetige Information der Abgeordneten eine unerlässliche Grundlage. Zugleich benötigt der Senat für seine Steuerungsaufgaben immer wieder aktuelle Daten. Regelmäßige Berichte, zum Beispiel der Benchmarkbericht oder Controllingberichte, sind die Grundlage für die Kontrollaufgaben, etwa bei Beteiligungen oder Sondervermögen. Gleichzeitig ermöglichen sie es, die Folgen politischer Entscheidungen auch langfristig zu beobachten, Vergleiche zu ziehen und die Entwicklungen in den verschiedensten Bereichen, von Stadtteilen bis hin zur sozialen Lage, im Auge zu behalten.

Allerdings verursachen die verschiedenen Berichte einen erheblichen Aufwand, insbesondere bei der Verwaltung. Daher ist darauf zu achten, Anzahl und Ausmaß der laufenden Berichte soweit in Maßen zu halten, dass einerseits die notwendigen Informationen zur Verfügung stehen, andererseits die Verwaltung nicht zu stark durch Berichte und Dokumentationen gebunden wird. Berichte ohne Aussagekraft ohne Relevanz, die von kaum jemandem gelesen werden, können wir uns nicht leisten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Welche periodischen Berichte und Dokumentationen werden für die Bürgerschaft, Ausschüsse oder Deputationen erstellt, und wie oft wird dies getan (vierteljährlich, halbjährlich, jährlich oder in anderen Perioden)?
2. Auf welcher Grundlage (Gesetz, Verordnung etc.) oder welchem Beschluss hin werden diese Berichte jeweils erstellt?
3. Welcher Aufwand ist nötig, um die genannten Berichte und Dokumentationen jeweils zu erstellen, und wie viel Personalstunden sind hierdurch gebunden?
4. Wie hat sich aus Sicht des Senats das jeweilige Berichtswesen bewährt? Welche Hinweise oder Empfehlungen für die Arbeit mit den jeweiligen Berichten kann der Senat geben?
5. Sieht der Senat Möglichkeiten, das Berichtswesen effektiver zu gestalten?

Dr. Magnus Buhler,

Dr. Oliver Möllenstädt und Fraktion der FDP

D a z u

Antwort des Senats vom 7. Dezember 2010

1. Welche periodischen Berichte und Dokumentationen werden für die Bürgerschaft, Ausschüsse oder Deputationen erstellt, und wie oft wird dies getan (vierteljährlich, halbjährlich, jährlich oder in anderen Perioden)?
2. Auf welcher Grundlage (Gesetz, Verordnung, etc.) oder welchem Beschluss hin werden diese Berichte jeweils erstellt?
3. Welcher Aufwand ist nötig, um die genannten Berichte und Dokumentationen jeweils zu erstellen, und wie viel Personalstunden sind hierdurch gebunden?

Die Antworten zu den Fragen 1 bis 3 ergeben sich aus den Ressortangaben in der beigefügten Tabelle. Berichte, die mehrere Ressorts betreffen, wurden nur einmal beim federführenden Ressort aufgeführt. Die Angaben zu Frage 3 wurden von den Ressorts mangels gesonderter Erfassung nur geschätzt; zum Teil konnten von den Ressorts ohne unverhältnismäßigem Aufwand auch keine Angaben gemacht werden.

4. Wie hat sich aus Sicht des Senats das jeweilige Berichtswesen bewährt? Welche Hinweise oder Empfehlungen für die Arbeit mit den jeweiligen Berichten kann der Senat geben?

Die angesprochenen Berichte werden aus unterschiedlichen Anlässen, mit verschiedenen Adressaten und Zielsetzungen erstellt. So handelt es sich bei einer Reihe von Berichten um gesetzlich vorgeschriebene Berichterstattungen. Andere Berichte resultieren aus Informationswünschen von Deputaten, Ausschüssen und Parlamenten. Nach Auffassung des Senats hat sich das Berichtswesen in seiner gegenwärtigen Form grundsätzlich bewährt. Die Berichte liefern steuerungsrelevante Informationen insbesondere über politische, finanzielle und wirtschaftliche Fragestellungen. Soweit aus Sicht der Adressaten und vor dem Hintergrund der von ihnen verfolgten Zielsetzungen Verbesserungswünsche bestehen, werden diese bei der Weiterentwicklung des Berichtswesens berücksichtigt.

Darüber hinaus überprüft der Senat das Berichtswesen laufend auf Veränderungsbedarfe:

- So soll, obwohl sich das Finanzcontrolling in seiner bisherigen Form bewährt hat, aufgrund der Regelungen zur Schuldengrenze und der Auflagen für Bremen bei der Gewährung von Konsolidierungshilfen die Berichterstattung ab 2011 grundlegend umgestellt werden.
- Geprüft wird z. B., ob der „Bericht über die Tätigkeit der mit Förderaufgaben beauftragten Personen des privaten Rechts (Beleihungsbericht)“, der nach Ansicht des Senats wenig bis keine Impulse für Änderungs- oder Steuerungsbedarfe hinsichtlich der behelienen Aufgabenwahrnehmung gibt, künftig entfallen könnte, zumal wesentliche Inhalte des Berichts den Fachdeputaten zudem aus der laufenden Berichterstattung über die Umsetzung des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms (BAP) bekannt sind.

Der Senat sieht in den Berichten wichtige Arbeitsgrundlagen für die jeweiligen Empfänger. Sie können als Daten- und Planungsgrundlage, Kontrollinstrument und – z. B. bei Benchmark-Berichten – als Ansatzpunkt für Prozesse der Verwaltungsmodernisierung, Qualitäts- und Effizienzsteigerung genutzt werden.

5. Sieht der Senat Möglichkeiten, das Berichtswesen effektiver zu gestalten?

Der Senat und die Fachressorts sind ständig bemüht, die vorzuliegenden Berichte zu verbessern und an die Wünsche und Bedürfnisse der „Adressaten“ anzupassen. Dabei steht auch die Frage im Mittelpunkt, wie die Berichte effektiver und zielgenauer gestaltet und insbesondere auf die zentralen und steuerungsrelevanten Aussagen hin konzentriert werden können. In diesem Zusammenhang ist beispielsweise darauf hinzuweisen, dass die ehemals getrennten Berichterstattungen zu den Eigenbetrieben und Stiftungen sowie den Beteiligungen bereits zu einem Bericht zusammengeführt wurden. Auch verzichtet der Senat in diesen Bereichen sowie bei den Sondervermögen auf eine gesonderte Berichterstattung zum ersten Quartal, da zu diesem Zeitpunkt in der Regel wenig aussagefähige Daten vorliegen. Mit der weiterzuverfolgenden Standardisierung der Berichte oder auch dem Aufbau einer Zuwendungsdatenbank soll der Aufwand für die Erstellung der Berichte reduziert werden, ohne wesentliche Informationsverluste hinnehmen zu müssen.

Ferner wird z. B. zurzeit der Liegenschaftscontrolling-Bericht inhaltlich komplett überarbeitet und neu gestaltet, um ihn lesbarer und zielgerichteter zu gestalten. Aber auch umgekehrte Wünsche der Abgeordneten werden berücksichtigt, wie bei der Bürgerschaftsberichterstattung, die mittlerweile ausführlicher erfolgt.

Insgesamt wird angestrebt, dass die Berichte möglichst frühzeitig, d. h. aktuell, vorliegen. So kann besser auf besondere Entwicklungen reagiert werden.

Ressort	Frage 1			Frage 2	Frage 3	
	Titel des Berichts	Adressat (Bürgerschaft, Ausschuss, Deputation etc.)	Häufigkeit der Berichterstattung (vierteljährlich, halbjährlich, jährlich etc.)	Grundlage (Gesetz, Verordnung, Beschluss etc.) für die Berichterstattung	Personalaufwand (in Stunden) für die Berichterstattung	
					...im eigenen Ressort	...in anderen Ressorts (für Zuarbeit)
Senatskanzlei	Bericht des Senats über die Aktivitäten der nordmedia - Die Mediengesellschaft Niedersachsen/Bremen mbH	Bürgerschaft	jährlich	Senatsbeschluss aus dem Jahr 2000 (Gründung nordmedia)	ca. 30	ca.3 bei nordmedia
Senatskanzlei	Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarf der Rundfunkanstalten (KEF-Bericht)	Bürgerschaft	alle 2 Jahre	§ 3 Absatz 8 Satz 2 Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag	ca. 15	keine Angabe
Senatskanzlei	Bericht über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Landesrundfunkanstalten gemäß § 5a RFinStV (ARD, ZDF, Deutschlandradio)	Bürgerschaft	alle 2 Jahre	§ 5a Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag	keine Angabe	Bericht wird von Rundfunkanstalten erstellt
Senatskanzlei	Jahreskalender mit internationalen Terminen	Vertreter/innen Bürgerschaft	mehrer Male im Jahr	Informationspflicht im Rahmen der koordinierenden Aufgabe der SK	keine Angabe	keine Angabe
Bevollmächtigte beim Bund	Bericht über politisch wichtige Bundesthemen	Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit der Bremischen Bürgerschaft	regelmäßig 11x Jahr	Artikel 79 LV	ca. 20	
Inneres und Sport	Bericht über die Datenerhebungen der Polizei	Kontrollausschuss	quartalsweise	§ 36 Absatz 2 Bremisches Polizeigesetz	ca. 2	ca. 2 bei Polizei
Inneres und Sport	Beteiligungsbericht Sport	Deputation	halbjährlich	gem. Handbuch Beteiligungsmanagement in der Bremer Verwaltung / Beschluss BB 20.03.2002	keine Angabe möglich	keine Angabe
Inneres und Sport	Managementreport Bremer Bäder	Deputation	vierteljährlich		keine Angabe möglich	keine Angabe
Inneres und Sport	Bericht über Rechtstextremismus und Fremdenfeindlichkeit	Bürgerschaft	1pro Legislaturperiode	Beschluss Bürgerschaft	nicht bezifferbar / Stf+S und alle Ressorts	
Justiz und Verfassung	Parlamentarische Kontrolle der akustischen Wohnraumüberwachung im Bereich der Strafverfolgung	Bürgerschaft	jährlich	Beschluss der Bürgerschaft vom 16.05.2001 (Nr. 15/586)	weniger als 10 Minuten pro Jahr	
Justiz und Verfassung	Bericht zum Strafvollzug	Rechtsausschuss	monatlich	Beschluss Deputation Justiz und Verfassung März 1998	ca. 2	ca 2 ½ in der JVA
Justiz und Verfassung	Migranten im Justizvollzug	Rechtsausschuss	alle 2 Jahre	Berichtbitt des Rechtsausschusses März 2009	ca. 2	etwa 1 Woche in der JVA
Bildung und Wissenschaft	Zuwendungsbericht Wissenschaft	Wissenschaftsausschuss	jährlich	Bitte des HaFa	5 Arbeitstage	
Bildung und Wissenschaft	Bericht über Beteiligungen der Hochschulen an Unternehmen	Wissenschaftsausschuss	jährlich	Beschluss Deputation für Wissenschaft 13.9.2002	2 Tage	Aufwand in den Hochschulen

Ressort	Frage 1			Frage 2	Frage 3	
	Titel des Berichts	Adressat (Bürgerschaft, Ausschuss, Deputation etc.)	Häufigkeit der Berichterstattung (vierteljährlich, halbjährlich, jährlich etc.)	Grundlage (Gesetz, Verordnung, Beschluss etc.) für die Berichterstattung	Personalaufwand (in Stunden) für die Berichterstattung	
					...im eigenen Ressort	...in anderen Ressorts (für Zuarbeit)
Bildung und Wissenschaft	Kontrakte mit den Brem. Forschungsinstituten	Wissenschaftsausschuss	jährlich	Beschluss BB 26.03.1998 Beschluss Senat 31.03.1998 Beschluss Deputaton für Wissenschaft 17.03.2000	nicht kalkulierbar	
Bildung und Wissenschaft	Kontrakte der Bremer Hochschulen, der Staats- und Universitätsbibliothek und des Studentenwerks	Wissenschaftsausschuss	i.d.R. alle 2 Jahre	Anforderung Wissenschaftsausschuss	hoher Personalaufwand; nicht kalkulierbar	
Bildung und Wissenschaft	Einwerbung von Spendenmitteln im Hochschulbereich	Wissenschaftsausschuss	jährlich	HaFA	Aufwand schlecht bemessbar	
Bildung und Wissenschaft	Wissenschaftsplan / Hochschulgesamtplan	Bürgerschaft	unbestimmt mehrjährig	§ 105 Absatz 2 BremHG	Aufwand sehr hoch; nicht berechenbar	
Bildung und Wissenschaft	Zuwendungsbericht Bildung	Deputation für Bildung	jährlich	Bitte des HaFa	80 bis 100	
Bildung und Wissenschaft	Bericht über Sponsoring und Spenden	Bürgerschaft, SfF	jährlich	HaFa		Aufwand bei den Schulen
Kultur	Einrichtungscontrolling	Deputation	vierteljährlich	Haushaltsgesetze	Zeiterhebungen liegen nicht vor	
Senatskommissarin für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau	Bericht der ZGF über deren Tätigkeit	Bürgerschaft	alle 2 Jahre	Gesetz über die Errichtung der ZGF v. 16.12.1980	100	
Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales	Bericht über die Erfahrungen mit dem BremBGG, Auswirkungen und Anwendungsprobleme in der Praxis	Bürgerschaft	1x pro Legislaturperiode	§ 13 BremBGG	mind. 200	
Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales	Konzeption zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen im Lande Bremen 2007-2010 Abschlussbericht	Bürgerschaft	Ende der Legislaturperiode	./.	120	Zuarbeit durch anderer Ressorts (ins. B+W/I+S)
Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales	Bericht der Besuchskommission	Bürgerschaft	alle 2 Jahre	Gesetz über die Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten	110	
Senatskommissarin für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau	Häusliche Beziehungsgewalt	Bürgerschaft	alle 3 Jahre	16.12.1999 BB fordert Senat auf, Konzept vorzulegen; 23.11.1999 Einsetzung einer AG durch Senat 18.04.2000 1. Konzept, alle 2 Jahre einen Bericht	60 bei der ZGF	24
Senatskommissarin für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau + Senatorin für Finanzen	Umsetzung des Gendermainstreaming-Konzeptes	Bürgerschaft	alle 2 Jahre	16. Mai 2001 BB fordert Senat auf Bericht vorzulegen; Einsetzung einer AG durch Senat im Mai 2003	60 bei der ZGF und Zuarbeit durch andere Ressorts	16
Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales	Lebenslagen im Land Bremen - Armuts- und Reichtumsbericht	Bürgerschaft	Einmal pro Legislaturperiode	Senatsbeschluss vom 23.06.2009	ca. 12 Personalmonate	Zuarbeit aus diversen Ressorts und ZGF

Ressort	Frage 1			Frage 2	Frage 3	
	Titel des Berichts	Adressat (Bürgerschaft, Ausschuss, Deputation etc.)	Häufigkeit der Berichterstattung (vierteljährlich, halbjährlich, jährlich etc.)	Grundlage (Gesetz, Verordnung, Beschluss etc.) für die Berichterstattung	Personalaufwand (in Stunden) für die Berichterstattung	
					...im eigenen Ressort	...in anderen Ressorts (für Zuarbeit)
Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales	Datenreport zum Armuts- und Reichtumsbericht	Bürgerschaft	Jährlich	Senatsbeschluss vom 23.06.2009	ca. 3 Personalmonate	keine Angabe
Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales	Bericht "Arbeitsmarkteffekte bremischer Politik"	Bürgerschaft	Jährlich (Jahresende)	Senatsbeschluss vom 16.09.2008	1 Personalmonate	2 Personalmonate
Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales	Die bremischen Ressorts im Städte- und Ländervergleich - Benchmarkingbericht	Deputation für Arbeit und Gesundheit und Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration; Parlamentsausschüsse (z.B. HaFa, Krankenhausausschuss)	Jährlich	Beschluss der StR-Klausur vom 28.10.2002 / Jährlicher Senatsbeschluss	5 Personalmonate	keine Angabe
Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales	Umsetzung der kommunalen Eingliederungsleistungen nach § 16a SGB II in der BAGIS	Deputation für Arbeit und Gesundheit	Jährlich	SGB II, Gründungsvertrag der BAGIS, Deputationsbeschluss vom 15.04.2010	4-6 Wochen	2 Wochen
Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales	IAB-Betriebspanelbefragung für das Land Bremen	Deputation für Arbeit und Gesundheit	Jährlich	Jährliche Deputationsbeschlüsse	1 Personalmonate	1 Personalmonat
Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales	Berichte über die Umsetzung der arbeitsmarktpolitischen Programme im Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm für Bremen und Bremerhaven (BAP)	Deputation für Arbeit und Gesundheit	2x im Jahr	Deputationsbeschluss vom 20.12.2007	2 Personalmonate	3 Personalmonate (bag u. BRAG)
Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales	Jahresbericht der Gewerbeaufsicht der Freien Hansestadt Bremen	Deputation für Arbeit und Gesundheit	Jährlich	§ 23 Absatz 4 Arbeitsschutzgesetz	200	keine Angabe
Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales	Konzeption zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen im Lande Bremen 2007-2011; Zwischenbericht	Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration	Alle 2 Jahre	keine Angabe	80	Zuarbeit durch andere Ressorts
Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales	Umsetzung der kommunalen Eingliederungsleistungen	Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration	jährlich	§ 16a SGB II, Gründungsvertrag der BAGIS, letzter Deputationsbeschluss vom 11.03.2010	4-6 Wochen	2 Wochen
Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales	Kinder- Jugend- und Familienförderung; Hilfen zur Erziehung; Kinderschutz	Jugendhilfeausschuss	Mindestens 1x im Jahr	Liegt im Konstrukt Jugendamt Jugendhilfeausschuss als Verwaltungseinheit	z. Zt. nicht bezifferbar	keine Angabe
Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales	Kindergartenplanung	Jugendhilfeausschuss	3x im Jahr	Liegt im Konstrukt Jugendamt Jugendhilfeausschuss als Verwaltungseinheit	z. Zt. nicht bezifferbar	keine Angabe
Umwelt, Bau, Verkehr und Europa	Bericht über die Zuwendungen an Umweltverbände für Projekte unter 5000€	keine Angabe	jährlich	Beschluss Deputation für Umwelt und Energie	keine Angabe	
Umwelt, Bau, Verkehr und Europa	Umweltzustandsbericht	Deputation für Umwelt und Energie	alle 4 Jahre	Bremer Umweltinformationsgesetz	nicht ermittelbar	

Ressort	Frage 1			Frage 2	Frage 3	
	Titel des Berichts	Adressat (Bürgerschaft, Ausschuss, Deputation etc.)	Häufigkeit der Berichterstattung (vierteljährlich, halbjährlich, jährlich etc.)	Grundlage (Gesetz, Verordnung, Beschluss etc.) für die Berichterstattung	Personalaufwand (in Stunden) für die Berichterstattung	
					...im eigenen Ressort	...in anderen Ressorts (für Zuarbeit)
Umwelt, Bau, Verkehr und Europa	Bericht über die Luftqualität in der FHB	Deputation für Umwelt und Energie	jährlich	Bundesimmissionsschutzgesetz und der 39. Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsschutzgesetzes	4	
Umwelt, Bau, Verkehr und Europa	Bericht über die Verwendung der Mittel aus der Abwasserabgabe und der Wasserentnahmegebühr	Deputation für Umwelt und Energie	2mal im Jahr	§ 8 Absatz 1 Bremisches Abwasserabgabengesetz / § 10 Absatz 2 Gesetz über die Erhebung einer Wasserentnahmegebühr	nicht erfasst	
Umwelt, Bau, Verkehr und Europa	Bericht über die Abwicklung der Wohnraumförderungsprogramme	Deputation Bau und Verkehr	jährlich	Beschluss Deputation Bau und Verkehr	40-60	
Wirtschaft und Häfen	Bericht über die Tätigkeit der mit Förderaufgaben beauftragten juristischen Personen des privaten Rechts (Beleihungsbericht) / Zulieferungen von AFGJS und SUBVE	Bürgerschaft; Deputation für Wirtschaft und Häfen	jährlich	Beleihungsgesetz	Zuarbeit von WFB, BIS, Fachreferate / insgesamt 165	
Wirtschaft und Häfen	Beteiligungscontrolling (hier: Beteiligungsberichte) / Zulieferung an SfF, jedoch tiefergehende Berichterstattung an die Deputationen	Deputation für Wirtschaft und Häfen; HaFa; Senat	quartalsweise	Handbuch Beteiligungsmanagement der FHB	Abstimmung und Nachfragen mit Gesellschaften, Fachreferaten, Hausleitung und SfF; Fachreferate pro Managementreport: ca. 1-2 Tage, DBM: ca 5 ½ Tage (zusätzl. ca. 1 Tag für Abstimmung mit SfF Vorlage für den HaFa und Senat	
Wirtschaft und Häfen	Controllingberichte der WFB	Deputation für Wirtschaft und Häfen	3mal jährlich	seit über 10 Jahren nach Bitte Deputation um regelmäßige Berichterstattung über die Tätigkeit der BIG	Abstimmung und Nachfragen mit Gesellschaften, Fachreferaten, Abteilung und Ressortleitung; Zeitaufwand: ca. 1,5 Tage; zusätzlich Fachreferate insgesamt ca. 10 bis 15 Std	
Wirtschaft und Häfen	Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt und Land) hier: Vorlage der Zwischenberichte zu Stichtagen	Deputation für Wirtschaft und Häfen (als Sondervermögensausschuss)	3mal jährlich	Gesetz über Eigenbetriebe und sonstige Sondervermögen (Sondervermögensgesetz)	292	
Wirtschaft und Häfen	Sondervermögen Überseestadt Controllingberichte / Zulieferung an SfF, Berichterstattungen gehen jedoch tiefer	Deputation für Wirtschaft und Häfen (als Sondervermögensausschuss)	3mal jährlich	Gesetz über Eigenbetriebe und sonstige Sondervermögen (Sondervermögensgesetz)	163,6	
Wirtschaft und Häfen	Überseestadt Entwicklungsbericht	Deputation für Wirtschaft und Häfen (als Sondervermögensausschuss)	2mal jährlich	Gesetz über Eigenbetriebe und sonstige Sondervermögen (Sondervermögensgesetz)	134	
Wirtschaft und Häfen	Innenstadt- und Stadtteilentwicklung in der Stadt Bremen (City- und Stadtteilmarketing und -management in Bremen; Bericht und Aktivitätenplanung)	Deputation für Wirtschaft und Häfen	jährlich	Fortführung des WFA Beschlusses 2001	keine Angabe	

Ressort	Frage 1			Frage 2	Frage 3	
	Titel des Berichts	Adressat (Bürgerschaft, Ausschuss, Deputation etc.)	Häufigkeit der Berichterstattung (vierteljährlich, halbjährlich, jährlich etc.)	Grundlage (Gesetz, Verordnung, Beschluss etc.) für die Berichterstattung	Personalaufwand (in Stunden) für die Berichterstattung	
					...im eigenen Ressort	...in anderen Ressorts (für Zuarbeit)
Wirtschaft und Häfen	Sachstandsberichte "Zwei Städte - ein Land"	Deputation für Wirtschaft und Häfen	jährlich	Fortführung der regelmäßigen Berichterstattung aufgrund Beschluss der WFA 2004	keine Angabe	
Wirtschaft und Häfen	Bericht zum Auslandsmarketing in neuen Quellmärkten	Deputation für Wirtschaft und Häfen	jährlich	Beschluss der WFA 2006	keine Angabe	
Wirtschaft und Häfen	Tätigkeitsberichte der Bremer Marketing GmbH einschließlich Berichte über die Verstärkung des Standortmarketings	Deputation für Wirtschaft und Häfen	jährlich	Fortführung der Berichterstattung WFA Beschlüsse 2004	keine Angabe	
Wirtschaft und Häfen	Bericht zur Förderung wissenschaftlicher Kongresse aus EFRE-Mitteln	Deputation für Wirtschaft und Häfen	2010, 2012, 2014	Deputationsbeschluss 2008	keine Angabe	
Wirtschaft und Häfen	Controllingbericht der BIS	Deputation für Wirtschaft und Häfen	quartalsweise	Handbuch Teiligungsmanagement der FHB	keine Angabe	
Wirtschaft und Häfen	Beteiligungscontrolling (hier: Beteiligungsberichte der Fischereihafen-Betriebsgesellschaft mbH) / Zulieferung an Sff, jedoch tiefergehende Berichterstattung an die Deputationen	Deputation für den Fischereihafen	3mal jährlich	Handbuch Teiligungsmanagement der FHB	keine Angabe	
Wirtschaft und Häfen	Sondervermögen Carl-Schurz-Gelände	Deputation für den Fischereihafen (als Sondervermögensausschuss)	3mal jährlich	Gesetz über Eigenbetriebe und sonstige Sondervermögen (Sondervermögensgesetz)	keine Angabe	
Wirtschaft und Häfen	Jahresberichte zum Hauptprojekt FhG-Innovationscluster "Multifunktionelle Materialien und Technologien"	Deputation für Wirtschaft und Häfen	jährlich	Deputationsbeschluss 2007	Aufwand der Verwaltung für die Berichterstellung ist überschaubar	
Wirtschaft und Häfen	Investitionsförderung im Lande Bremen, Landesinvestitionsförderprogramm; Jahresberichte 2007	Deputation für Wirtschaft und Häfen	jährlich	Deputationsbeschluss / Beschluss der WFA	keine Angabe	
Wirtschaft und Häfen	Bremischer Mittelstandsbericht	Deputation für Wirtschaft und Häfen; Bürgerschaft	1 pro Legislaturperiode	§ 12 des Bremischen Gesetzes zur Förderung von kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen vom 23.03.2006	keine Angabe	
Wirtschaft und Häfen	Masterplan Industrie (Fortschreibung)	Deputation für Wirtschaft und Häfen; Bürgerschaft	1 pro Legislaturperiode	Beschluss BB vom 03.07.2008 und Beschluss Senat 22.06.2010	keine Angabe	
Wirtschaft und Häfen	Bericht zur Wachstums- und Ergänzungsfinanzierung	Deputation für Wirtschaft und Häfen; Bürgerschaft	jährlich ab 2011	anlässlich Vorlage 17/297L Finanzierung von KMU im Lande Bremen	keine Angabe	

Ressort	Frage 1			Frage 2	Frage 3	
	Titel des Berichts	Adressat (Bürgerschaft, Ausschuss, Deputation etc.)	Häufigkeit der Berichterstattung (vierteljährlich, halbjährlich, jährlich etc.)	Grundlage (Gesetz, Verordnung, Beschluss etc.) für die Berichterstattung	Personalaufwand (in Stunden) für die Berichterstattung	
					...im eigenen Ressort	...in anderen Ressorts (für Zuarbeit)
Wirtschaft und Häfen	Projektberichte CT 4	Deputation für Wirtschaft und Häfen (als Sondervermögensausschuss)	jährlich	Auftrag Depu und HaFa	35 (einschließlich Zuarbeit der Gesellschaften)	
Wirtschaft und Häfen	Projektberichte zum Neubau der Kaiserschleuse in Bremerhaven	Deputation für Wirtschaft und Häfen (als Sondervermögensausschuss)	jährlich	Auftrag Depu und HaFa	35	
Wirtschaft und Häfen	Sondervermögen Hafen: Controllingberichte Sondervermögen Hafen / Zulieferung an SF, Berichterstattungen gehen jedoch tiefer	Deputation für Wirtschaft und Häfen (als Sondervermögensausschuss)	3mal jährlich	Gesetz über Eigenbetriebe und sonstige Sondervermögen (Sondervermögensgesetz)	120 (einschließlich Zuarbeit der Gesellschaften)	
Wirtschaft und Häfen	Controllingberichte Sondervermögen Fischereihafen / Zulieferung an SF, Berichterstattungen gehen jedoch tiefer	Deputation für Wirtschaft und Häfen (als Sondervermögensausschuss)	3mal jährlich	Gesetz über Eigenbetriebe und sonstige Sondervermögen (Sondervermögensgesetz)	165 (einschließlich Zuarbeit der Gesellschaften)	
Wirtschaft und Häfen	Information der Öffentlichkeit über öffentliche Investitionen	Deputation für Wirtschaft und Häfen	jährlich	Beschluss Deputation 2007	50	
Finanzen	Jahresbericht der Steuerverwaltung	Haushalts- und Finanzausschuss (HaFA)	jährlich	freiwillig	56-80	keine Angabe
Finanzen	Zentrales Finanzcontrolling (vorläufiger) Jahresbericht	HaFA	jährlich	Auftrag des Senats	40	keine Angabe
Finanzen	Zentrales Finanzcontrolling Monatsbericht	HaFA	in der Regel quartalsweise bzw. zum Jahresende monatlich	Auftrag des Senats	12 pro Bericht / Hier ist nur die Berichterstellung im engeren Sinne (ohne Vorarbeiten) erfasst.	keine Angabe
Finanzen	Zentrales Finanzcontrolling Ergebnisse der Steuerschätzung	HaFA	halbjährlich	./.	12 pro Bericht / Die Steuerschätzung ist unabhängig vom Berichtswesen durchzuführen, so dass nur die Berichterstellung im engeren Sinne dokumentiert wird.	keine Angabe

Ressort	Frage 1			Frage 2	Frage 3	
	Titel des Berichts	Adressat (Bürgerschaft, Ausschuss, Deputation etc.)	Häufigkeit der Berichterstattung (vierteljährlich, halbjährlich, jährlich etc.)	Grundlage (Gesetz, Verordnung, Beschluss etc.) für die Berichterstattung	Personalaufwand (in Stunden) für die Berichterstattung	
					...im eigenen Ressort	...in anderen Ressorts (für Zuarbeit)
Finanzen	Benchmarking-Bericht	Bürgerschaft, HaFA, Deputationen	jährlich	Grundsatzbeschluss der Staatsräte vom 28.02.2002, jährlicher Auftrag des Senats	450	Grundsätzlich sind alle Ressorts in den Prozess eingebunden. Wie hoch der Aufwand insgesamt ist, ist nicht bekannt.
Finanzen	Controllingbericht Produktgruppenhaushalt	HaFA; jeweils auch an die Fachdeputationen	quartalsweise	Haushaltsgesetz und weitere Beschlüsse	Die Durchführung eines Controllings ist vor dem Hintergrund dezentraler Ressourcenverantwortung laufende (dezentrale) Aufgabe. Mit diesem Bericht werden die Erkenntnisse auf den Ebenen des Produktgruppenhaushalts (Produktplan, Produktbereich und Produktgruppe) zentral zusammengeführt und hinsichtlich der Zielerreichung bewertet. Die dezentralen Ressortberichte sind innerhalb von 20 Arbeitstagen nach Quartalsende zu erstellen. SF erstellt die Berichte innerhalb von 5-6 Arbeitstagen zzgl. eines Zeitraums für die Abstimmung der Senatsvorlage.	keine Angabe
Finanzen	Verpflichtungsermächtigungen	HaFA	quartalsweise	Beschluss	6	keine Angabe
Finanzen	Produktgruppe 92.01.02 Bürgerschaftsberichtserstattung	HaFA	halbjährlich: Bürgerschaften unter 1 Mio. € u. Selbstvers. Kunstleihgaben	HaFA-Beschluss v. 13.07.2007	sehr unterschiedlich; 2-32	keine Angabe
Finanzen	Entwicklung der Spielbankabgabe, Berichtsbitte Nr. 98	HaFA	unregelmäßig	HaFA-Beschluss vom 24.09.2010	4-16	keine Angabe
Finanzen	Haushaltsrechnungen Land und Stadt	Bremische Bürgerschaft	jährlich	Art. 133 Landesverfassung und § 114 Landeshaushaltsordnung	500	0
Finanzen	Sondervermögenscontrolling	Senat und HaFA	vierteljährlich, wobei über das 1. Quartal eines Jahres nicht an die Gremien berichtet wird.	BremSVG	mind. 24	Kann von hieraus nicht eingeschätzt werden.
Finanzen	Bericht über die Ergebnisse ausgewählter Beteiligungen, der Eigenbetriebe und Museumsstiftungen sowie der Immobilien Bremen	Senat und HaFA	vierteljährlich, wobei über das 1. Quartal eines Jahres nicht an die Gremien berichtet wird.	Handbuch Beteiligungsmanagement und Haushaltsgesetze	40	40 (Schätzung)

Ressort	Frage 1			Frage 2	Frage 3	
	Titel des Berichts	Adressat (Bürgerschaft, Ausschuss, Deputation etc.)	Häufigkeit der Berichterstattung (vierteljährlich, halbjährlich, jährlich etc.)	Grundlage (Gesetz, Verordnung, Beschluss etc.) für die Berichterstattung	Personalaufwand (in Stunden) für die Berichterstattung	
					...im eigenen Ressort	...in anderen Ressorts (für Zuarbeit)
Finanzen	Beteiligungsbericht	Senat und HaFA	jährlich	Handbuch Beteiligungsmanagement	120	40 (Schätzung)
Finanzen	Bericht über die Eigenbetriebe und Museumsstiftungen der FHB	Senat und HaFA	jährlich	./.	ca. 24-32	Kann von hieraus nicht eingeschätzt werden.
Finanzen	Liegenschaftscontrolling-Bericht über das Sondervermögen Immobilien und Technik des Landes Bremen	HaFA (Land)	3x jährlich	BremSVITG	2	Zuarbeit durch Immobilien Bremen ca. 5
Finanzen	Liegenschaftscontrolling-Bericht über das Sondervermögen Immobilien und Technik der Stadtgemeinde Bremen	HaFA (Stadt)	3x jährlich	BremSVITOG	2	Zuarbeit durch Immobilien Bremen ca. 5
Finanzen	Jahresbericht zu Personalstruktur und Personalausgaben (Bd. I und II)	Bürgerschaft, HaFA	jährlich	./.	mindestens 300 Stunden	keine Angabe
Finanzen	Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes	Bürgerschaft	im Abstand von zwei Jahren	LGG	ca. 80 Stunden	z.B. 40 Std ZGF
Finanzen	Zuwendungsbericht	Senat und HaFA	jährlich	Bitte des HaFa	mindestens 300 Stunden	es sind alle Ressorts in den Prozess eingebunden, konkrete Angaben zum Personalaufwand liegen nicht vor.
Finanzen	Bericht über Sponsoring und Spenden	Senat und HaFA	jährlich	Verwaltungsvereinbarung	mindestens 40 Stunden	es sind alle Ressorts in den Prozess eingebunden, konkrete Angaben zum Personalaufwand liegen nicht vor.